

Attac

Regionalgruppe Rüsselsheim

3. August 2020
Frieden & Verkehr

Keine neuen Atomraketen



**UN-Atomwaffenverbotsvertrag
unterzeichnen**



www.bundeswehrabschaffen.de

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, LV Hamburg-Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, v.i.S.d.R. Güppers

75 Jahre nach dem Abwurf der 1. Atombombe:
Die Mahnung von Hiroshima!

Gedenkkundgebung am Donnerstag, den 6. August 2020
um 17 Uhr auf dem Gemeindeplatz der ev. Kirche in Rüsselsheim

Es ist höchste Zeit:

- US-Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen statt atomarer Teilhabe der Bundeswehr!
- Geld für das Gesundheitswesen statt für neue Kampfjets!
- Dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten – Atomwaffen ächten und abschaffen!
- für Rüsselsheim sich dem ICAN-Städteappell (*) anzuschließen und Friedensschutzstadt zu werden



Nach den Plänen des Verteidigungsministeriums sollen US-Kampfjets angeschafft werden, um für die US-Atombomben in Büchel die „atomare Teilhabe“ der Bundeswehr sicher zu stellen. Diese Pläne werden uns zu einer Zeit präsentiert, da die Sicherheit der Menschen grenzüberschreitend durch eine tückische Viruspandemie bedroht ist.

Nicht durch Massenvernichtungswaffen, sondern nur mit internationaler Zusammenarbeit kann dieser schweren Bedrohung der Sicherheit der Menschen wirksam entgegengetreten werden. Eine engagierte Friedenspolitik und eine großzügige finanzielle Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation WHO ist von der deutsche Regierung und der Staatengemeinschaft erforderlich

Abzurüsten statt Aufrüsten – mehr Sicherheit für unsere Gesundheit sowie gegen die schwere ökonomische und ökologische Krise!

**Einstiege in den Ausstieg: IGH 8. Juli 1996 und
Bundestag „Welt frei von Atomwaffen“ (24. März 2010)**

Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs

- Jeder Einsatz von Waffen muss zwischen kämpfender Truppe (Kombattanten) und der Zivilbevölkerung unterscheiden.
- Bei jedem Waffeneinsatz müssen unnötige Grausamkeiten und Leiden vermieden werden.
- Unbeteiligte und neutrale Staaten dürfen bei einem Waffeneinsatz nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

Der IGH hat daraus den Schluss gezogen: „Aus den oben ... erwähnten Anforderungen ergibt sich, dass die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen grundsätzlich/generell („generally“) gegen diejenigen Regeln des Völkerrechts verstoßen würden, die für bewaffnete Konflikte gelten, insbesondere gegen die Prinzipien und Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts.“

+ + + + +

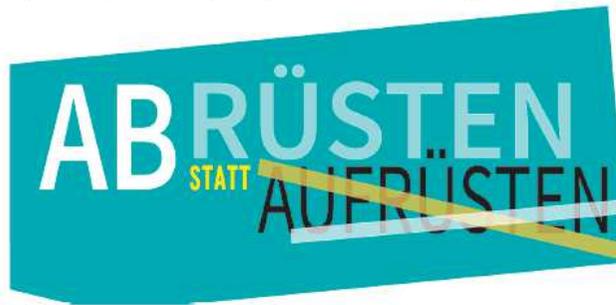
Bundestag: ... Ebenso sind zivilgesellschaftliche Bemühungen wie die „Initiative für eine globale Nulllösung“ oder die von Australien und Japan betriebene „Internationale Kommission für Nukleare Nichtverbreitung und Abrüstung“ zu begrüßen.

Eine Welt frei von Atomwaffen ist keine Utopie, sondern eine konkrete Verpflichtung der Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrages. Die Abrüstungserwartungen dürfen nicht erneut enttäuscht werden. Deutschland kann national und international auf vielfältige Weise einen wirksamen Beitrag zu einer Welt ohne Atomwaffen leisten.

ZUM 8. MAI

TAG DER BEFREIUNG:

**NEIN ZUR SPRACHE DER GEWALT,
JA ZU EINER KULTUR DES FRIEDENS**



75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist der Frieden wieder bedroht. Selbst bei uns in Europa ist er brüchig. Vieles ist unsicher geworden und globale Bedrohungen sind hinzugekommen. Die schnell zusammengewachsene Welt zeigt neue Formen der Gewalt und Verletzlichkeit. Die soziale Spaltung wird tiefer, die vom Menschen gemachte Klimakrise, die Zerstörung der Ernährungsgrundlagen und der Kampf um Rohstoffe bedrohen uns. Die weltweite Ausbreitung der Corona-Pandemie wird auch genutzt, autoritäre Strukturen zu schaffen oder zu zementieren. Sie trifft die Ärmsten und Schwächsten besonders hart. Nicht zuletzt versuchen Nationalisten, die Unsicherheit für ihre miese Propaganda zu nutzen.

Wer den Frieden will, muss für den Frieden kämpfen. Die häufig zu hörende Forderung, Europa müsse die „Sprache der Macht“ (Münchner Sicherheitskonferenz) lernen und seine militärischen Fähigkeiten ausbauen, ist falsch. Mehr Militär löst keines unserer Probleme. Wir brauchen vielmehr eine Zivilisierung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Konflikte. Andernfalls kehren die Gespenster der Vergangenheit zurück, die nur Tod und Zerstörung mit sich bringen.

Ein neuer Rüstungswettlauf ist bereits voll im Gange. Auf zehn Länder nur entfallen 75 Prozent der weltweiten Militärausgaben.

Einstiege in den Ausstieg



Der Atomwaffen-Verbotsvertrag im Überblick

Zentrale Elemente des Vertrages

- Der ausgearbeitete Vertrag wurde am 7. Juni 2017 angenommen. Er enthält ein umfassendes Verbot von Atomwaffen und delegitimiert staatliche Handlungen mit einem Bezug zu Atomwaffen – verboten werden das Entwickeln, Testen, Produzieren, Herstellen, Aneignen, Besitzen, Lagern, der Transfer, die Instandhaltung, die Androhung eines Einsatzes mit Atomwaffen, Stationierung, Aufstellung, die Unterstützung zum sowie der Einsatz von Atomwaffen.
- Der Vertrag verpflichtet Staaten, alle **Opfer** eines Einsatzes von Atomwaffen sowie von Atomwaffentests zu **unterstützen**. Außerdem wird die **Umweltsanierung** kontaminierter Gebiete beschlossen.
- Der Vertrag verpflichtet Staaten zur **internationalen Unterstützung** bei der Implementierung des Vertrages.
- Der Vertrag fordert Staaten im Besitz von Atomwaffen auf, diese aus der Einsatzbereitschaft zu nehmen und zu **zerstören**. Der Vertrag sieht eine überprüfbare, zeitlich gebundene, transparente und unumkehrbare Vernichtung von Atomwaffenprogrammen und die Implementierung von Sicherheitsmaßnahmen vor.
- Der Vertrag **verbietet die Unterstützung** verbotener Handlungen und sollte somit auch als Verbot der Beteiligung an jeglicher militärischer Vorbereitung zum Einsatz von Atomwaffen, der Finanzierung von Entwicklung oder Herstellung von Atomwaffen und der Erlaubnis des Transfers durch eigene Hoheitsgewässer oder Luftraum verstanden werden.
- Der Vertragstext fordert Staaten dazu auf, dem Vertrag beizutreten und **andere zum Beitritt zu ermutigen** sowie regelmäßig zusammen zukommen, um den Fortschritt zu bewerten.



Friedenstreff
Rüsselsheim
und Umgebung

UN-Atomwaffenverbotsvertrag #ICANSave – der Städteappell

Zahlreiche Städte, Gemeinde und Landkreise in Deutschland und aller Welt haben sich bereits dem ICAN-Städteappell angeschlossen. Ist Rüsselsheim eine der nächsten?

International ruft ICAN Städte dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. Große Städte in Asien, Europa, Nordamerika und Australien haben den Appell schon unterzeichnet, der wie folgt lautet:

“Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

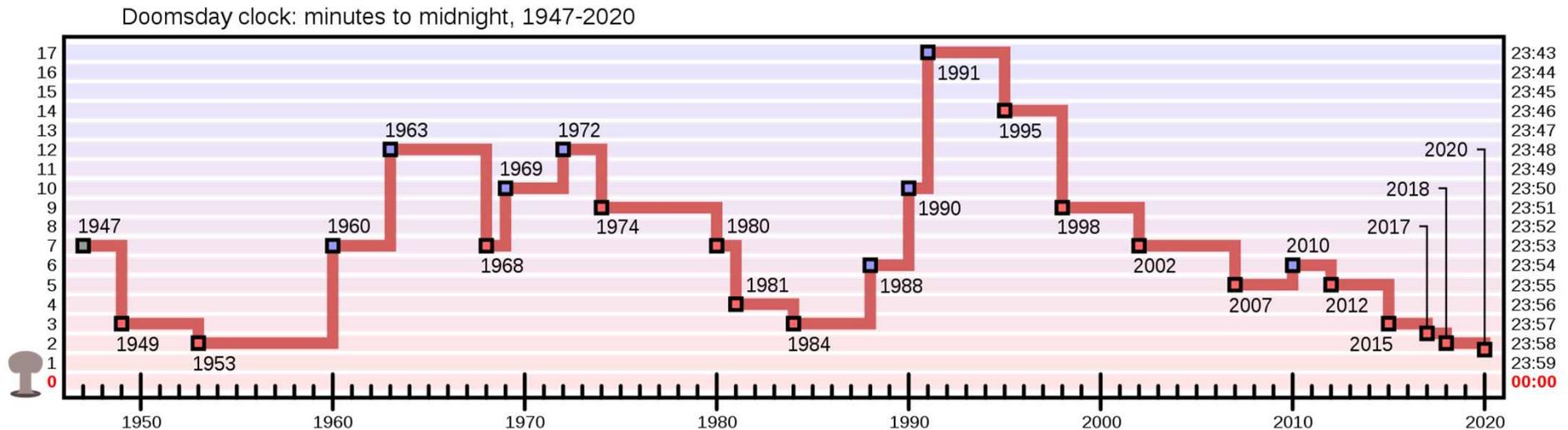
Warum sollten sich Städte dem Appell anschließen?

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung im Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger*innen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohner*innen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Das Engagement von Städten ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier

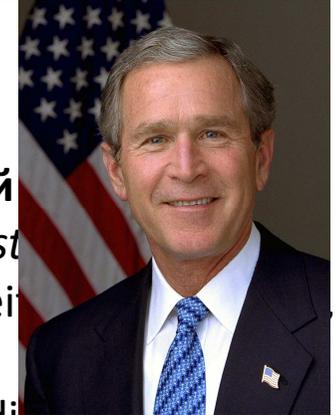
3.8.2020, Attac Rüsselsheim: Frieden & Verkehr



2019: Die Menschheit wird durch zwei existentielle Gefahren bedroht. Beide sind Grund genug für hohe Sorge und umgehende Aufmerksamkeit. Diese beiden Drohungen – Nuklearwaffen und der Klimawandel – wurden vergangenes Jahr durch Informationskriegsführung erhöht, um die Demokratie auf der Welt zu untergraben. Die Risiken dieser und anderer Bedrohungen stellt die Zukunft vor eine außergewöhnliche Gefahr.

2020: Die gleichen Gründe aus 2019 zusammen mit der Zuspitzung der politischen Lage sowie dem Voranschreiten des Klimawandels hat das Bulletin veranlasst, die Zeit um 20 Sekunden verstreichen zu lassen.

Ausstiege (aus dem Einstieg) 1: ABM-Vertrag



Der **ABM-Vertrag** ([russisch](#) Договор об ограничении систем противоракетной обороны / *Vertrag über die Begrenzung von antibalistischen Raketenabwehrsystemen* / [englisch](#) **Anti-Ballistic Missile Treaty**), am [28. Mai 1972](#) mit unbefristeter Gültigkeit war ein [Rüstungskontrollvertrag](#) zwischen den [USA](#) und der [Sowjetunion](#) Er war einer der beiden Teile der [SALT-I](#)-Vereinbarung. Am [13. Juni 2002](#) traten die USA einseitig vom Vertrag zurück, nachdem sie, wie vertraglich festgelegt, 6 Monate zuvor eine Absichtserklärung abgegeben hatten, in der sie dem Vertragspartner ... Rußland den Rücktritt ankündigten
+ + + + + + +

Der ABM-Vertrag war der erste Vertrag, der nicht Offensiv-Waffen, sondern Defensiv-Waffen begrenzte und damit die gegenseitige Verwundbarkeit der Großmächte erhöhte. Die zugrunde liegende Überlegung war, dass kein Land einen nuklearen [Erstschlag](#) führen wird, wenn es sich gegen den unweigerlich folgenden Gegenschlag, den [Zweitschlag](#), nicht ausreichend schützen kann. Die Angst vor der eigenen Vernichtung sollte einen Erstschlag mit Nuklearraketen ausschließen. Diese Vorstellung, die Sicherheit durch ein Gleichgewicht bei den Defensivwaffen zu erhöhen, wurde zur Doktrin der [Mutual assured destruction](#) (MAD), dem „Gleichgewicht des Schreckens“, ausgebaut.
+ + + + + + +

Kündigungsbegründung: „ **Russia is not an enemy, but in fact is increasingly allied with us** on a growing number of critically important issues... Today, the United States and Russia face new threats to their security. Principal among these threats are weapons of mass destruction and their delivery means wielded by terrorists and rogue states.“ (Quelle: de.wikipedia.org/wiki/ABM-Vertrag)

Ausstiege 2: Iran-Abkommen

Der Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) wurde 2015 zwischen Iran, den USA, Russland, China und den drei europäischen Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland geschlossen. Die EU, ... wirkte intensiv an dem Zustandekommen mit.



Das Atomabkommen mit dem Iran ist seit dem Ausstieg der USA (2018) unter Druck. Der Iran hat sich bis Mai 2019 an das Abkommen gehalten, dies haben die Berichte der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) wiederholt bestätigt. Während sich der Iran also seinen Verpflichtungen aus dem Abkommen verifizierbar nachkam, konnte der Teil, welcher dem Iran versprochen wurde – Ende der nuklearrelevanten internationalen Sanktionen und daraus resultierenden erhofften wirtschaftlichen Aufschwung und mehr ausländische Investitionen – so nach dem US-Ausstieg nicht länger umgesetzt werden. Das liegt vor allem an der Marktmacht der USA. Internationale Zahlungsverkehre werden über den im Brüssel sitzenden Dienstleister SWIFT abgewickelt. SWIFT hatte nach den US-Sanktionen angekündigt, diesen Folge zu leisten. Europäische Banken und Unternehmen wurden von europäischen Staaten aufgefordert, Handel mit Iran zu treiben, doch war das Vertrauen in die Staaten zu gering, sich dem Druck und Zorn Washingtons widersetzen zu können. Das veranschaulichen folgende Zahlen: Der Export Irans in Richtung EU ist in den Monaten Januar bis August 2019 um 94 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eingebrochen, EU-Importe in den Iran sind um 51 Prozent gesunken.

Ausstiege 3: INF-Vertrag

Mit dem INF-Vertrag (Intermediate Nuclear Forces) über das Verbot landgestützter atomarer Mittelstreckenwaffen erlischt an diesem Freitag (**2.8.2019**) einer der wichtigsten Abrüstungsverträge zwischen den USA und Russland. Damit können die beiden Länder wieder ohne Beschränkungen solche Waffen bauen - deswegen wird ein neuer atomarer Rüstungswettlauf befürchtet.

UN-Generalsekretär António Guterres sagte, dass die Welt mit dem Auslaufen des Abkommens einen "unschätzbaren" Mechanismus zur Verhinderung eines Atomkriegs verliere. Bundesaußenminister Heiko Maas warnte ebenfalls vor einem Wettrüsten:

"Auch heute muss es uns wieder gelingen, Regeln zur Abrüstung und Rüstungskontrolle zu vereinbaren", sagte der SPD-Politiker einer Mitteilung zufolge.

"Die Herausforderungen, vor denen wir jetzt stehen, sind durch das Ende des Vertrags größer geworden." Sie beschränkten sich nicht mehr nur auf Europa.

Der Vertrag, den US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Staatschef Michael Gorbatschow 1987 unterzeichneten, erlischt heute.

Er verbietet landgestützte Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 Kilometern.

Ausstiege 4 ??? : START-Vertrag

SALT I & II (1972 – 1991), enthielt ABM-Vertrag und Begrenzungen f. strat. Waffen

START ([englisch](#) *Strategic Arms Reduction Treaty*, [deutsch](#) *Vertrag zur Verringerung strategischer Waffen*) ist ein zwischen den [Vereinigten Staaten](#) und der [Sowjetunion](#) bzw. [Russland](#) ausgehandeltes [Abrüstungsabkommen](#) zur gemeinsamen allmählichen Reduzierung strategischer Trägersysteme für [Nuklearwaffen](#).

+ + + + +

START I: 1991

START II: 1993/2000 (nicht in Kraft getreten, da USA ABM kündigte)

Ersatz SORT (**S**trategic **O**ffensive **R**eductions **T**reaty): 2003 – 2011

New-START-Vertrag (2011 – 2020) über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung der strategischen Angriffswaffen. Dieser sieht ab der Ratifizierung des Vertrages für die nächsten sieben Jahre eine Reduzierung der Anzahl der Sprengköpfe von 2200 auf je 1550 und die Anzahl der Trägersysteme von 1600 auf 800 vor.

Antikriegstag 1. September

Tun wir was? Falls ja: Was tun?

Fragen ?

KRIEG
" IST DER GRÖSSTE
KLIMAKILLER



KLIMASCHUTZ
" STATT RÜSTUNG



**KLIMAKILLER
BUNDESWEHR**

Kohlendioxidbelastung je Flugstunde

| | |
|---------------------|---------------------------------|
| Eurofighter | 11 000 kg CO₂ |
| Tornado | 12 000 kg CO₂ |
| Airbus 310 M | 15 000 kg CO₂ |

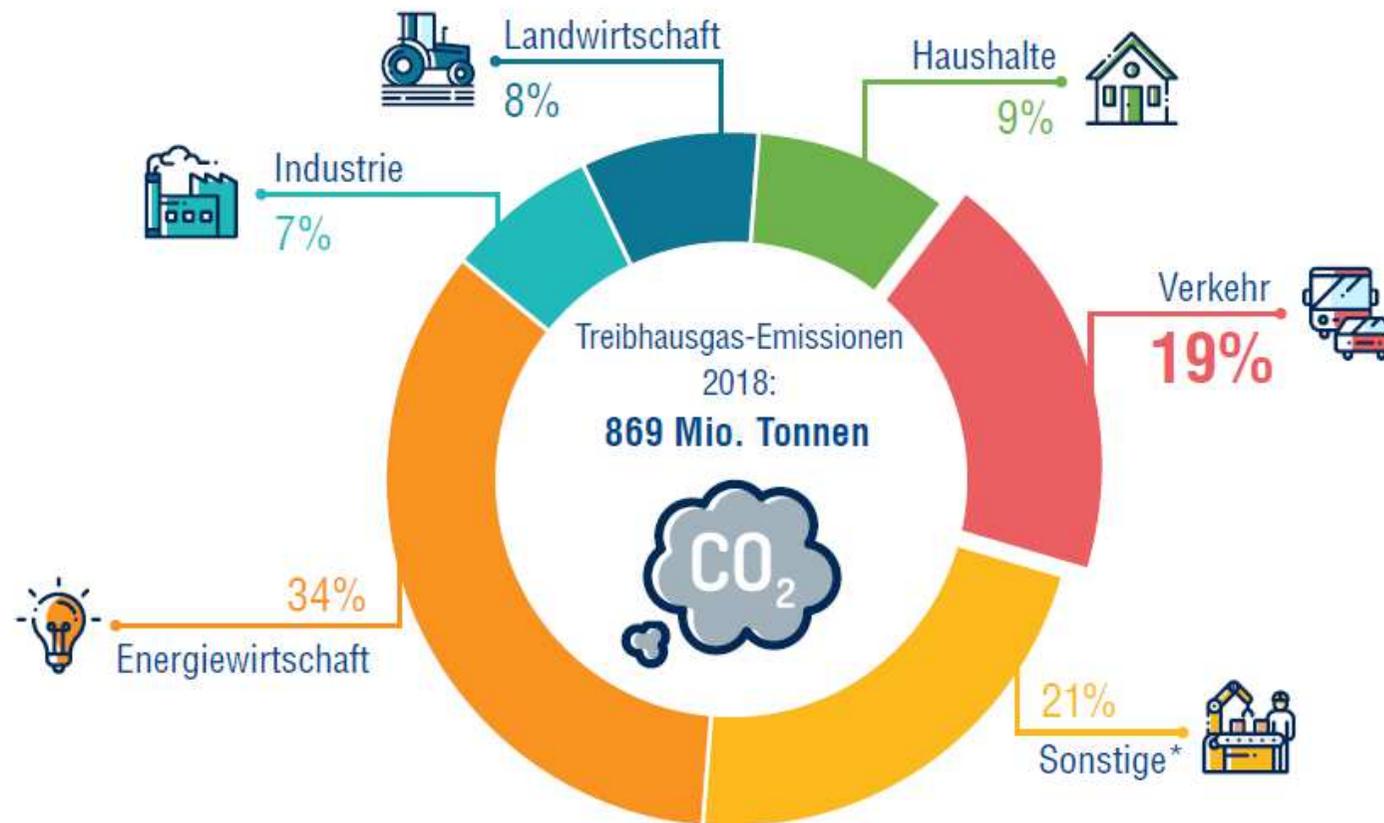
Diesel-PKW 8 kg CO₂ je Fahrstunde
eine Stunde Tornadoflug = 1500 Fahrstunden



www.bundeswehrabschaffen.de

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, LV Hamburg-Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, V.i.S.d.P.: Cüppers

Anteile der Treibhausgas-Emissionen in Deutschland



Quelle: Allianz pro Schiene | 07/2019 | auf Basis von Umweltbundesamt | Abweichungen von 100% rundungsbedingt
Lizenz:   Nutzung frei für redaktionelle Zwecke unter Namensnennung

*Abfallwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Sonstige Feuerungsanlagen

Attac-Vorschläge: Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Wir brauchen einen gut ausgebauten und eng getakteten ÖPNV - zum "Nulltarif", ...

Klimagerechte Umverteilung

Klimagerechte Umverteilung kann die Mobilitätswende finanzieren: Umweltschädliche Subventionen (z.B. Dienstwagen, Flugverkehr) und das Dieselprivileg müssen abgeschafft, Kerosin und internationale Flüge besteuert werden.

Mittelfristig sorgt die Mobilitätswende für erhebliche Einsparungen von Gesundheits-, Umwelt- und Klimakosten.

Auto-arme Stadt der kurzen Wege

Die vorhandene Verkehrsfläche muss klimagerecht umverteilt werden: ...

Fern- und Güterverkehr auf die Schiene

Um Fern- und Güterverkehr massiv auf die Schiene zu verlagern, ...

Strukturwandel sozial-verträglich gestalten

Der Arbeitsplatzabbau in Auto-Industrie und -Dienstleistungen kann aufgefangen werden:

Durch Arbeitszeitverkürzung und neue Arbeitsplätze im Investitionsprogramm

Verkehrswende und ökologischer Infrastruktur unter Einbezug von Betroffenen und Gewerkschaften.

Stopp zerstörerischer Großprojekte

Prestigeprojekte zerstören die Natur und haben keinen vergleichbaren Verkehrsnutzen. S21, die Fehmarnl

Demokratische Planung

Die vielen Initiative und Bündnisse für die Verkehrswende müssen endlich berücksichtigt werden!

Wir brauchen neue Formen der Bürger*innen-Beteiligung, um den Umbau des Verkehrssystems zu einem echten Demokratieprojekt zu machen.

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

Fraktionsbüro 314 Marktplatz 4 65428 Rüsselsheim

Die Fraktion Die Linke / Liste Solidarität lädt ein zur
Informationsveranstaltung

Welche Mobilität für unser Klima - Antriebssysteme im Vergleich

Mittwoch 23.10.2019, 18:00 Uhr
Rathaus Rüsselsheim (Ratssaal)

Bei der ersten unserer Informationsveranstaltungen zur klima- und damit menschenfreundlichen Verkehrswende wird die

Referentin Frau Prof. Scheppat (Hochschule Rhein-Main)



einen Vergleich der Antriebssysteme (Benzin, Diesel, Batterien, Wasserstoffzellen) bezüglich der Auswirkungen auf Klima&Umwelt, Kosten, Leistungsfähigkeit, Arbeitsplätze vor- und zur Diskussion stellen. Eine spannende Frage in der Debatte wird sicher sein, welche Schlussfolgerungen für die

kommunale Verkehrspolitik gezogen werden können.

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

Fraktionsbüro 314 Marktplatz 4 65428 Rüsselsheim

Die Fraktion Die Linke / Liste Solidarität lädt ein zur
Informationsveranstaltung

Welche Mobilität für unser Klima – Verkehrswende kommunal, aber wie?

Mittwoch 27.11.2019, 18:30 Uhr
Rathaus Rüsselsheim (Ratssaal)

Bei der zweiten unserer Informationsveranstaltungen zur klima- und damit menschenfreundlichen Verkehrswende wird

Prof. Dr.-Ing. Volker Blees (Hochschule Rhein-Main)



einen Überblick über mögliche konkrete Maßnahmen für eine kommunale Verkehrswende in Rüsselsheim geben. Die spannende Frage ist ja, wie durch verkehrspolitische und städteplanerische Maßnahmen die klimaschädlichsten Verkehrsarten zurückgedrängt, Verkehr vermieden und klimaverträglichere Mobilität zu Fuß, per Fahrrad und öffentlichem Personenverkehr gefördert und attraktiv gemacht werden kann. Wie schon in der ersten Veranstaltung mit Prof. Birgit Scheppat vom Wasserstofflabor der Hochschule klar wurde, wird die vom Bund geförderte Aufstellung von Ladestationen für batteriebetriebene e-Automobile dafür allein nicht

ausreichen. Vielmehr müssen mit den Instrumenten des Mobilitätsmanagements Menschen motiviert werden, ihr eigenes Mobilitätsverhalten zu hinterfragen und zu ändern.

<https://www.attac.de/kampagnen/verkehrswende/materialien/literatur-quellen/>



DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

Fraktionsbüro 314 Marktplatz 4 65428 Rüsselsheim

Die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität und KommuneLinks laden ein zur Informationsveranstaltung

Welche Mobilität für unser Klima AutoJobs - OpelKrise - Verkehrswende

Freitag 13.12.2019, 19:30 Uhr
Stadthalle Rüsselsheim

Bei der dritten unserer Informationsveranstaltungen zur klima- und damit menschenfreundlichen Verkehrswende wird

Dr. Winfried Wolf (Verkehrsexperte, Autor von „Verkehr – Umwelt – Klima. Die Globalisierung des Tempowahns.“)

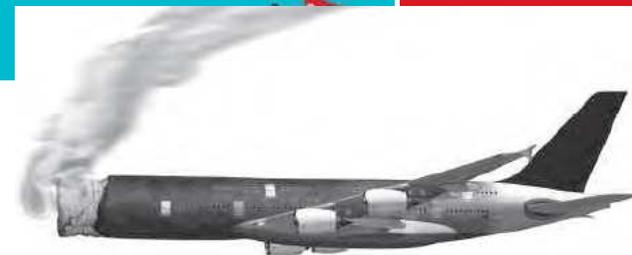


die für eine wirksame Verkehrswende notwendigen Maßnahmen und Aktivitäten eingehen.

auf die aktuellen Entwicklungen in der Autoindustrie eingehen. Er wird darstellen, warum er in der Fusion von FIAT und PSA eine „Nothochzeit“ in Zeiten einer heraufziehenden neuen Autokrise sieht. Dabei wird er speziell auf die durch die Fusion wachsende Bedrohung für die Beschäftigten bei Opel eingehen. Dass aus seiner Sicht die massive Förderung batteriegetriebener PKWs weder für das Klima noch für die Beschäftigten eine Lösung bieten, hat er in seinem neuen Buch „Mit dem Elektroauto in die Sackgasse“ dargestellt. Auf Basis dieser Darstellung wird er in Referat und Diskussion auf



Warum wir eine neue Bahnpolitik brauchen



Globalisierung.
Flugverkehr.
Gegenwehr.

PapyRossa

Verkehrswende-Aktionen im Herbst 2020

| | |
|---------------|---|
| Anfang Sep. | Changing Cities/BundesRad: Aktion vorm Reichstag |
| 17.09. | VÖ Greenpeace-Studie zu öffentlichem Raum in der Stadt |
| 18.09. | Parking Day |
| 18.09. | gemeinsamer Aktionstag #tvn2020 |
| 18./19.09. | Aktionen S21 (Stuttgart) |
| 19.09.? | Greenpeace-Aktionstag (Schwerpunkt Fahrrad) |
| 19./20.09. | Kidical Mass-Aktionstag & Greenpeace-Aktionen |
| 20.09. | ADFC-Kreisfahrt? (Schwerpunkt Fahrrad, evtl. angelehnt an Kidical Mass) |
| 20.09. | Naturfreunde & lokale Inis (Berlin): „100 Aktionen für ein autofreies Berlin“ |
| 22.09. | Carfree Day |
| 25.09. | Global Strike fridays for future |
| 01.10. | Rodungsbeginn Dannenröder Forst |
| 14./15.10. | Landesverkehrsministerkonferenz (Saarbrücken) |
| 31.10. | Eröffnung BER |

Ende Aug/Anfang Sep
vrs. Beginn #tvn2020

16.-23.09. Europäische
Mobilitätswoche der EK

18./19. September :

Bundesweite dezentrale Aktionstage zur Verkehrswende

(attac/ver.di/Naturfreunde/autofrei leben/Linke/BUNDjugend/...)

Was tun in Rüsselsheim ?

Infostand / Aktion Busse kostenfrei / Fahrraddemo ...

Mit wem was in Rüsselsheim tun?

f4f / JAV Opel / ver.di (ÖPNV) / Flughafen BI / Naturfreunde ...

Fragen ?

Debatte!